

Antrag

des Abg. Jochen Haußmann u. a. FDP/DVP

Aktueller Stand der Zielsetzung zur Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich aus ihrer Sicht die Umsetzung der Ziele seit 2019 zur Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) aktuell darstellt;
2. wie sich der ÖGD in Baden-Württemberg personell entwickelt hat (aufgeteilt nach Stadt- und Landkreisen);
3. wie sie beabsichtigt, den Pakt für den ÖGD konsequent umzusetzen, und sicherstellt, dass die erforderlichen Ressourcen und Finanzmittel auch über das Jahr 2026 hinaus gesichert sind, um die langfristige Stabilität des ÖGD zu gewährleisten;
4. welche Maßnahmen sie plant, um ausreichend qualifizierte Ressourcen für sektorenübergreifende Versorgungsnetzwerke im ÖGD und anderen Akteuren der medizinischen Versorgung zu gewährleisten und deren rasche Aktivierung in Krisensituationen inkl. Leitfäden und Schulungen sicherzustellen;
5. welche konkreten Schritte sie plant, um sicherzustellen, dass der ÖGD personell und fachlich leistungsstark bleibt, um die für die Gesellschaft und den einzelnen Menschen wichtigen Tätigkeiten effizient auszuführen;
6. in welchem Umfang und wofür konkret seit 2021 Gesundheitsämtern im Sinne des Infektionsschutzgesetzes Fördermittel zur technischen Modernisierung und zum Anschluss dieser an das elektronische Melde- und Informationssystem nach § 14 Infektionsschutzgesetz (IfSG) zur Verfügung gestellt wurden;
7. welche Aufgaben die digitale Leitstelle beim Landesgesundheitsamt übernommen hat und wie sie die Umsetzung bewertet;
8. wie sie sicherstellen wird, dass einheitliche, qualitativ hochwertige und skalierbare Softwarelösungen für die landesweite und koordinierte Auswertung von Gesundheitsdaten in Krisensituationen bereitgestellt werden, insbesondere im Rahmen der Digitalisierung des ÖGD;
9. ob sie beabsichtigt, die Definition des krisenbezogenen Gesundheitsschutzes als Kernaufgabe im ÖGD in einer Bundesratsinitiative zu fordern, um entsprechende Maßnahmen zur Stärkung der Handlungsfähigkeit und Resilienz in Krisensituationen zu ergreifen;
10. ob sie bereits sicherstellt, dass die Landesarbeitsgruppe „gesundheitliches Krisenmanagement“ effektiv alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung für die Vorbereitung auf gesundheitliche Krisen und deren Gefahrenabwehr vernetzt ist und eine klare Priorisierung von Aufgaben im Krisenfall vorsieht;

11. welche Schritte sie plant, um Gesundheitsämter in Krisensituationen handlungsfähig zu halten, wie zum Beispiel durch medizinische Krisenteams oder ein landesweites Personalkonzept und ihre Zuständigkeiten auf das fachlich Wesentliche zu beschränken;
12. ob sie plant, technisch zuverlässige und gut organisierte mobile Lösungen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst bereitzustellen, um einerseits den Beschäftigten im ÖGD gerecht zu werden, vor allem aber in Krisenzeiten flexibel und infektionsgeschützt arbeiten zu können;
13. welche Art von technischen Lösungen sie vorsieht bzw. bereitstellt und in welcher Anzahl;
14. inwiefern sie plant, die vielschichtigen Aufgaben des ÖGD, einschließlich Prävention, Schuluntersuchungen, Beratung in Schulen und sozialpsychiatrische Beratungen, angemessen zu unterstützen und sicherzustellen, dass der ÖGD seine Rolle in der regionalen Gesundheitsversorgung effektiv wahrnehmen kann;
15. wie sie im Krisenfall eine einheitliche und klare Kommunikation durch gemeinsame Verordnungen mit transparenter Begründung und Umsetzungshinweisen umsetzt.

28.3.2024

Haußmann, Brauer, Bonath, Fischer, Haag, Heitlinger, Hoher, Dr. Jung, Dr. Kern, Reith, Dr. Rülke, Dr. Schweickert, Weinmann FDP/DVP

Begründung

Der Antrag zielt darauf ab, die zugrundeliegende Strategie und den aktuellen Stand der Verbesserungen im Öffentlichen Gesundheitsdienst zu erfragen. Nach finanziellen Zusagen des Bundes beschloss die Landesregierung im Juli 2020 eine dauerhafte Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes durch zusätzliches Personal. Erst während der Sofortmaßnahmen in der Corona-Krise wurden einige Verbesserungen beschlossen, jedoch ohne langfristige Strukturänderungen. Bis Ende 2019 gab es jedoch kaum konkrete Maßnahmen seitens der Landesregierung, um dieses Vorhaben umzusetzen. Im Rahmen der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ wurden der Landesregierung zahlreiche Stellungnahmen und Positionspapiere zur Verfügung gestellt. Zudem will der Bund bis 2026 vier Milliarden Euro zur Verfügung stellen, um dem ÖGD technisch und personell besser aufzustellen. Davon entfallen 3,1 Mrd. Euro auf den Personalaufbau der Länder und Kommunen. Bund und Länder wollten sich Mitte des Jahres 2023 über die „nachhaltige Finanzierung“ dieses Personalaufwuchses verständigen. Unter anderem sollen bundesweit 50 000 neue Stellen geschaffen und zudem mehr als 2 Mrd. Euro in die Digitalisierung investiert werden.